

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Niederschrift

über die 6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport am
18.06.2020 im Kreistagssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzende

Frau Nadine Walbrach

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Peter Dunkel
Herr Adrian Hepp
Herr Edgar Leisten
Frau Dr. Ricarda Voigt
Frau Dr. Irene Pacholik

Sachkundige Einwohner

Frau Martina Christ
Herr Manuel Hurtig
Frau Ulrike Schwenter
Herr Tom Siedenber

ab 18.00 Uhr

Verwaltung

Herr Johannes Ferdinand
Herr Karsten Dornquast
Herr Christof Kürschner
Herr Thomas Haetge

Beigeordneter und Leiter Dezernat I
Leiter des Amtes für Bildung, Kultur u., Sport
Schulrat, Staatliches Schulamt Brandenburg
Sachbearbeiter Kultur

Entschuldigt fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Hans Kühlewind
Herr Detlef Schlüpen

Sachkundige Einwohner

Frau Anna-Sara Buchheim
Herr Martin Wonneberger

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 18:55 Uhr

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 13.02.2020
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
 - Stand Digitalpakt
 - Stand der Machbarkeitsstudie "Schülerbeförderung"
 - Information zur 1. Teiländerung integrierten SEP des LK Teltow-Fläming
- 6 Informationen zu den Auswirkungen und getroffenen Maßnahmen aufgrund des Coronavirus in den kreislichen Schulen und Einrichtungen
- 7 Beschlussvorlagen
- 7.1 Kulturförderung 2020 6-4125/20-I

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung und Bestätigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende des Ausschusses, Frau Walbrach, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 6. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport. Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 13.02.2020

Es liegen keine Einwendungen vor.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

TOP 4

Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Dr. Voigt bemerkt, dass die Zuschüsse zur Denkmalpflege sowie die Vorschläge zum Denkmalpflegepreis nicht in diesem Ausschuss beraten wurden, obwohl die Förderrichtlinie es vorsieht. Sie fragt, ob diese Verfahrensweise korrekt ist.

Herr Dornquast bestätigt, dass die Förderrichtlinie eine Vorberatung im Ausschuss vorsieht. Er berichtet, es gab eine Entscheidung der Fraktionsvorsitzenden in Abstimmung mit der Verwaltungsleitung, dass die beantragten Ausschüsse pandemiebedingt nicht tagen und notwendige Beschlüsse im Kreisausschuss bzw. Kreistag gefasst werden. Somit standen die Vorlagen des Bereiches Denkmalschutz lediglich beim beschließenden Kreisausschuss auf der Tagesordnung. Dem heutigen Protokoll wird die Präsentation im Kreisausschuss zur Verfügung gestellt. Die vorgeschlagenen Preisträger sind dort rot umrandet. Er weist darauf hin, dass dieser TOP im nicht öffentlichen Teil behandelt wurde und somit die Informationen entsprechend zu behandeln sind.

Die Frage, ob die Fördermittel für die Zuschüsse zur Denkmalpflege coronabedingt gekürzt wurden, kann nicht beantwortet werden.

Weiter fragt Frau Dr. Voigt, ob die geplante Besichtigung des Bücherbusses gestrichen ist.

Frau Walbrach meint, man müsse in der jetzigen Situation Prioritäten setzen und erinnert gerade auch in den Bezug auf den Bücherbus an die einzuhaltenden Abstandsregeln.

Herr Dornquast sagt zu, sobald die Situation es zulässt, wird der Termin am Standort Des-sauer Straße mit Besichtigung des Bücherbusses durchgeführt. Die Verwaltung arbeitet weiter am Leistungsverzeichnis für den neu anzuschaffenden Bücherbus und am Projekt „Vom Bücherbus zum Bürgerbus“.

Auf eine weitere Frage von Frau Dr. Voigt erklärt Herr Dornquast, eine Besichtigung des Archives ist möglich. Es ist dem Hauptamt des Landkreises zugeordnet. Das Vorhaben muss mit der Archivleiterin geplant und organisiert werden.

Herr Ferdinand ergänzt, dass der Landkreis auch über ein medizinisches Archiv verfügt.

Herr Leisten berichtet, die Bürgermeisterin aus Zossen hat beschlossen, aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung den „Lesesommer“ für die Kinder in diesem Jahr ausfallen zu lassen. Die Kosten betragen 4.000 Euro. Da es eine Bildungsangelegenheit ist fragt er nach der Möglichkeit, diese Maßnahme für alle Gemeinden, die es wünschen, durch den Landkreis zu finanzieren.

Herr Dornquast antwortet, es ist auch für Kommunen, Schulen oder Fördervereine möglich für Bildungs- und Kulturprojekte einen entsprechenden Antrag zu stellen, z. B. über MBS-Mittel. Für den laufenden Sommer wird es nicht mehr möglich sein. Er weist darauf hin, dass der Landkreis alle Kommunen gleich behandeln muss. Da dieses Projekt nicht in gleicher Form von allen Kommunen durchgeführt wird, wird der Landkreis es nicht im Haushalt einordnen. Er sieht kein Problem, er derartiges Projekt mit einem positiven Votum zu versehen. Letztendlich entscheidet der Kreisausschuss.

Termine für die Antragstellung auf MBS-Mittel sind jeweils für das erste Halbjahr des Folgejahres der 15.09, für das zweite Halbjahr des laufenden Jahres der 15.03.

TOP 5

Mitteilungen der Verwaltung

- Stand Digitalpakt

- Stand der Machbarkeitsstudie "Schülerbeförderung"

- Information zur 1. Teiländerung integrierten SEP des LK Teltow-Fläming

Frau Walbrach teilt mit, dass die Verwaltung in folgender Reihenfolge informiert:

1. Stand der Machbarkeitsstudie
2. Informationen zur 1. Teiländerung des integrierten Schulentwicklungsplanes
3. Informationen zur Umsetzung der Förderrichtlinie „Digitalpakt Schule 2019 – 2024“
4. Brandschutz in Schulen

Zu 1. Stand der Machbarkeitsstudie

Herr Dornquast erklärt, die Machbarkeitsstudie ist ein Auftrag des vorherigen Kreistages. Zum damaligen Zeitpunkt wurde in Bezug auf die Schülerbeförderung diskutiert, es mehr Schüler*innen mit kürzeren Entfernungsgrenzen zu ermöglichen, befördert zu werden. Es ergab sich eine komplexe Fragestellung, die nach langer und intensiver Diskussion zu diesem Beschluss des Kreistages führte. Er berichtet weiter, die Verwaltung entschied entsprechend der Vergaberichtlinien eine Verhandlungsvergabe durchzuführen. Mit dieser Verhandlungsvergabe werden geeignete Büros gesucht, mit denen Vorgespräche geführt werden. Es hat sich herauskristallisiert, dass für diese komplexe Fragestellung sehr wenige Büros zur Verfügung stehen. Drei Büros wurden aufgefordert, ein entsprechendes Angebot abzugeben. Im Januar 2020 ist das verbliebene Büro aufgefordert worden, das Angebot zu konkretisieren und wurde beauftragt. Der Start dieses Projektes war in der 22. KW, das Projektende ist in der 47. KW geplant. Zwischendurch wird es eine Vielzahl von Terminen geben, u. a. auch mit den kommunalen Schulträgern, den Verkehrsunternehmen und zur Klärung von Fragen zur Abstimmung bezüglich der Infrastruktur.

Zu 2. Informationen zur 1. Teiländerung des integrierten Schulentwicklungsplanes

Herr Dornquast erläutert, bei dieser 1. Teiländerung ging es um die Errichtung einer Gesamtschule am Standort Ludwigsfelde. Nach vielen Diskussionen mit vielen Gästen hat der Kreistag den Beschluss gefasst, der 1. Teiländerung zuzustimmen. Dieser Beschluss wurde vom Bildungsministerium geprüft und genehmigt. Die Stadt Ludwigsfelde wird beginnend zum Schuljahr 2021/22 mit der Errichtung der Gesamtschule beginnen.

Zu 3. Informationen zur Umsetzung der Förderrichtlinie „Digitalpakt Schule 2019 – 2024“

Herr Dornquast teilt mit, dass mit Beginn der Sommerferien alle Medienentwicklungspläne für die Schulen in Trägerschaft des Landkreises vorliegen werden. Der Termin zum Vorliegen der Antragstellung bei der ILB ist auf den 31.12.2020 verlängert worden. Anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) berichtet er über die Grundlagen, die Fördergrundsätze, den Fördergegenstand, die Antragsvoraussetzungen und das Zusatzprogramm „Sofortausstattung“ Beschaffung digitaler Endgeräte. Abschließend weist er darauf hin, dass die Schulen so weit wie möglich mit WLAN-Ausstattung versehen werden sollen.

Auf die Nachfragen von Herrn Leisten antwortet Herr Dornquast, Lernmittelfreiheit wird nur auf Antrag gewährt. Es ist sicher, dass es gerade an den weiterführenden Schulen und an den Gymnasien Elternhäuser gibt, die die Lernmittelfreiheit nicht beantragen und somit nicht statistisch erfasst sind.

Die Breitbandanbindung ist Voraussetzung für die Förderung über den Digitalpakt. Der Landkreis als Träger hat an allen Schulen schon Anbindungen in unterschiedlicher Ausprägung, was aber auf Dauer nicht ausreichend sein wird.

Frau Dr. Voigt interessiert, wie die Netzbetreuung innerhalb der Schulen organisiert wird.

Herr Dornquast erklärt, bei allen Förderungen handelt es sich nur um Einstiegsförderungen. Die Folgekosten tragen grundsätzlich die Schulträger. Der Landkreis verfügt seit vielen Jahren über zwei IT-Systembetreuer für seine 10 Schulen. Es wurden weiterhin zwei zusätzliche Stellen im IT-Bereich für die Schulbetreuung geschaffen. Für jede Schule sind dann noch entsprechende System- oder Softwarehäuser bzw. Fachfirmen gebunden.

Frau Walbrach bemerkt, dass der Plan bis zum Jahr 2024 geht und fragt, wie es danach weitergeht.

Herr Dornquast antwortet, mit dem geschaffenen Standard müssen die Schulträger umgehen. Bisher hat der Kreistag den kreislichen Schulen immer den machbaren Rahmen gegeben.

Die Nachfrage von Frau Dr. Pacholik, ob alle Eltern über die Möglichkeit der Antragstellung zur Bezuschussung von Endgeräten informiert sind, bejaht er.

Zu 4. Brandschutz in Schulen

Herr Dornquast führt aus, die finanziellen Auswirkungen in den Schulen sind sehr hoch. Anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) stellt er diese finanziellen Auswirkungen für alle Schulen in Trägerschaft des Landkreises dar. Er berichtet, für die geschätzten 970.300 € wurden in Abstimmung mit dem Kämmerer entsprechende Deckungsquellen gefunden.

Herr Leisten fragt, ob die Auseinandersetzung mit den Brandschutzmaßnahmen in diesem Jahr erstmalig ist und ob die geforderten Brandschutzmaßnahmen bei einem denkmalgeschützten Gebäude durchsetzbar sind.

Herr Dornquast legt dar, dass die zyklische präventive Brandschau in öffentlichen Einrichtungen alle drei Jahre erfolgt. Der zuständige Leiter der Brandschutzbehörde hat erklärt, dass ihm dazu die Personalressource fehle. Es gibt daher viel Nachholbedarf. Auch haben sich die Anforderungen an den Brand- und Arbeitsschutz in den letzten Jahren wesentlich erhöht. Bei baulichen Maßnahmen an denkmalgeschützten Schulen ist es eine Herausforderung, mit der Denkmalschutzbehörde auf einen Nenner zu kommen. Es werden aber Kompromisslösungen gefunden.

Frau Walbrach sieht keine weiteren Nachfragen und beendet den TOP.

TOP 6

Informationen zu den Auswirkungen und getroffenen Maßnahmen aufgrund des Coronavirus in den kreislichen Schulen und Einrichtungen

Herr Dornquast erklärt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) die Maßnahmen und deren Auswirkungen.

Frau Schwenter fragt, ob auch die Förderschulen geschlossen wurden.

Herr Dornquast erläutert, wenn es organisatorisch möglich war, konnten die Förderschulen die Betreuung mit pädagogischen Angeboten selbst vornehmen. Davon haben die beiden

Förderschulen „Lernen“ keinen Gebrauch gemacht. Die Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ in Jüterbog und Groß Schulzendorf haben nach den Osterferien mit der pädagogischen Betreuung der Kinder begonnen.

Frau Walbrach übergibt das Wort zur Erläuterung der schulfachlichen Seite an den Schulrat, Herrn Kürschner.

Herr Kürschner führt aus, die Schulen mussten sich nach der Schließung um Online-Angebote kümmern. Die Ausstattung der Schulen war medial sehr unterschiedlich, ebenfalls die Nutzung von medialen Endgeräten in den Familien. Weiter berichtet er von den zu beachtenden Datenschutzmaßnahmen und einzuhaltenden Hygienevorschriften nach dem sukzessiven Schulbeginn. Lehrkräfte, die zur Risikogruppe gehörten, standen der Schule nicht zur Verfügung. Die Raumsituation für die Abiturprüfungen und Prüfungen in der 10. Klasse konnte zufriedenstellend gelöst werden. Die Schulen sind aufgerufen, die schulinternen Lehrpläne zu überarbeiten. Wenn im August wahrscheinlich zum Regelbetrieb übergegangen wird, ist eine Lernausgangslage für alle Klassen erforderlich. Danach soll über das Ministerium entschieden werden, ob es notwendig ist, Unterrichtsstoff nachzuarbeiten.

Frau Walbrach fragt, ob regulärer Unterricht heißt, dass die Vertretungsreserve für die Schulen vergrößert wird und ob zur Einhaltung der Abstandsregeln die Klassenstärke reduziert wird.

Herr Kürschner erklärt, nach seiner Kenntnis sollen die Klassenstärken beibehalten werden. Die Abstandsregeln soll es dann nicht mehr geben.

Die Vertretungsreserve wird erst einmal nicht erhöht. Die Schulvisitation soll für ein Jahr ausgesetzt werden, sodass mehr Lehrkräfte in den Schulen unterrichten können. Die Lehrkräfte, die zu den Risikogruppen gehören, können auch arbeiten, wovon viele Gebrauch machen.

Zum aktuellen Verfahren informiert Herr Kürschner, dass die Zuweisungs- und Widerspruchphase begonnen hat. Im Landkreis Teltow-Fläming ist die Gesamtschule Zossen am höchsten angewählt mit ca. 40 % über der Kapazität. Überraschend war das große Schüleraufkommen besonders im Bereich der Oberschulen. Im letzten Jahr musste 18 Schülern und Schülerinnen ein Schulplatz vorgeschlagen bzw. zugewiesen werden, in diesem Jahr waren es ca. 80 Schüler und Schülerinnen. Der Schwerpunkt liegt in den Bereichen Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren und Ludwigsfelde. Das Staatliche Schulamt hat in Abstimmung mit den Trägern an vier Orten eine weitere 7. Klasse eröffnen müssen. Als Problem bezeichnet er die Erreichbarkeit von Schulen. Einige Familien ziehen in Orte, die durch den ÖPNV schlecht oder kaum erreichbar sind.

Herr Kürschner sagt eine zahlenmäßige Aufbereitung in der nächsten Sitzung zu. Insbesondere wird er auch zum Aus- und einpendeln aus und in den Landkreis berichten.

Herr Leisten fragt, ob auch an die Ausbildung der Lehrkräfte gedacht wird.

Herr Kürschner weist darauf hin, dass die Lehrerausbildung über das Ministerium erfolgt. Er bemerkt, die Leitung des Staatlichen Schulamtes ist ständig in den Studienseminaren, um dort schon Lehrkräfte zu akquirieren und die Lehrer im Land Brandenburg zu halten. Dieses Vorhaben gelingt sehr gut in Schulen, die in der Nähe von Potsdam bzw. des „Speckgürtels“ sind.

Frau Walbrach sieht keine weitere Fragen und bedankt sich bei Herrn Kürschner.

TOP 7
Beschlussvorlagen

TOP 7.1
Kulturförderung 2020 (6-4125/20-I)

Frau Walbrach fragt, ob geplante Projekte auch während der Covid-19-Pandemie durchgeführt werden.

Herr Dornquast erläutert, die Kulturprojekte, die im Jahr 2020 stattfinden sollten, sind in der Bewilligungsphase im Jahr 2019 behandelt worden. Viele Projekte sind nicht wie geplant durchführbar. Im Sport- und Kulturbereich werden die erteilten Bewilligungen wahrscheinlich in der Form geändert, dass Teilerstattungen bzw. Kompletterstattungen erfolgen.

Herr Haetge ergänzt, es ist möglich, Kulturprojekte, die in diesem Jahr aufgrund der Pandemie nicht durchgeführt werden können, bis Ende 2022 zu verschieben. Zum Beispiel sollte das bekannte Kulturblütenfestival im Sommer 2020 stattfinden und wird auf das Jahr 2022 verschoben.

Frau Walbrach stellt keine weiteren Fragen fest und bittet um Abstimmung.

Ja-Stimmen: 6/ Enthaltungen: 0/ Nein-Stimmen: 0

Der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport empfiehlt dem Kreistag einstimmig, die Vorlage Nr. 64125/20-I zu beschließen.

Frau Walbrach beendet die Sitzung des Ausschusses und wünscht allen einen guten Heimweg.

Luckenwalde, d. 03.07.2020

gez. Nadine Walbrach
Die Vorsitzende

Heike Linke
Protokollantin